

Hallesche Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch die Post 1.55 Goldmark und 40 Centpostgebühren. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach folgender Tabelle berechnet: die Zeile 0.20 Goldmark. Verlagsort: Neue Dromadenstraße 1a und 2. Druck-Veranstaltung: „Veranstaltung Hallesche Zeitung“, Druck-Veranstaltung: „Veranstaltung Hallesche Zeitung“, Druck-Veranstaltung: „Veranstaltung Hallesche Zeitung“.

Ein notwendiges Gegengewicht.

Von Dr. Fritz Mittelmann, W. d. R.

Der aus tiefster Herzensnot geborene Wunsch: „Herr, mach uns frei“, der in ebenen Letzern in der Feldherrnhalle zu München nimmte als ein Mahmal für das ganze deutsche Volk angebracht ist, kann nur in Erfüllung gehen, wenn alle, die die Freiheit Deutschlands wollen, auch politisch entsprechend handeln. Solange Uneinigkeit und Zerissenheit, Parteilastigkeit und Parteidogmen in Deutschland herrschen wie heute, werden wir nicht frei werden. Dies fühlen seit langem gar viele. Daher auch die Unzufriedenheit mit dem Parlament, daher das Hin- und Herwanken um neue Bewegungen, weil man das Heil nur von etwas Neuem erwarten zu können glaubt.

Über wie soll dieses Neue aussehen? Viele sprechen von der Diktatur eines starken Mannes, glauben, daß man in der Kontrolle des Laboratoriums einen Diktator künstlich erzeugen könnte. Einen Cromwell und Bonaparte läßt man nicht, sie waren eines Tages aus eigener Machtvollkommenheit da. Und nicht nach einem verlorenen Kriege errichteten sie ihre Diktatur, sondern sie rissen im Verlauf innerer Kämpfe die Macht an sich. Auch der Hinweis auf Mussolini führt irre, denn Italien hatte den Krieg gewonnen und stand nur infolge schwerer innerer Erschütterungen am Rande des Abgrundes. Deutschlands Räte sind aber zum größten Teil Folgeerscheinungen des verlorenen Krieges.

Unter Mussolini, unsere jüngste Hoffnung, sah man langsam und nur unter großen Opfern und Schwierigkeiten vor sich gehen. Denn wir haben jenseits des Rheines einen Feind, der die innere Festigkeit mit aller Gewalt hintertreibt, der nach Vorwänden sucht, um uns immer tiefer in das Elend zu stürzen. Ein Diktator, und wäre es auch der mildestmögliche Mann, dem die militärischen Machtmittel gänzlich fehlen, wird an der Größe seiner Aufgabe scheitern. Die Einigung unserer Feinde auf unsere Kosten, dies ist nichts anderes, was der Erfolg eines vorübergehenden etwa gelingenden Kaputtzuges.

Nicht irgendeine Diktatur kann uns retten, sondern nur eine tüchtige und sichere organisierte Aufwärtswirkung. Das Sehen nach einer Diktatur ist nichts anderes als der heisse Wunsch, daß endlich wieder in Deutschland verloren gegangene Glaube an Autorität und an Autoritäten von neuem errichtet werde. Unseren politischen Parteien, wie sie auch heißen mögen, fehlt es zum großen Teil an der unbedingt erforderlichen Autorität. Auf die Parteien aber und den Reichstag können wir trotz aller Unzufriedenheit mit diesen Einrichtungen schlechterdings nicht verzichten, denn wir haben im Augenblick nichts, was zweckentsprechend an ihre Stelle treten könnte.

Wer in einer Zeit wieder Gehörigkeit politisch mitarbeiten, indem er die Last der Verantwortung auf sich nimmt, verzehrt sich im Dienste für das Vaterland. Auf anderen Dank als den, den das Gefühl treuer Mitschuldigung ihm selber bereitet, darf er nicht rechnen. Dies entspricht tiefstem Wesen, denn etwas um der Sache willen tun, fern von persöhnlichem Vorteil, ist deutsche Art. Aber der Versuch an der Verwirklichung dieser Zeit so groß, als daß er noch länger ertragen werden könnte. Wenn immer neue Minister, und wenn es die besten und fähigsten wären, nach einigen Monaten gezungenermaßen anderen Männern das Feld räumen müssen, so heißt das nicht nur Raubbau mit Kräften treiben, sondern auch kostbare Zeit verlieren.

Kaum hat ein neuer Staatsmann sich in einen Aufgabentritt eingearbeitet, kaum geht er daran, nimmte seine eigenen Gedanken in die praktische Tat umzusetzen, da wird er vom Parlament zur Strecke gebracht. Und dann steht ein neues Verhängen, ein neues Parteidogmen, bis nach langen Kämpfen endlich eine neue Regierung für wiederum nur kurze Zeit die Geschäfte übernehmen kann. Die Zeit der Krisen ist in

Herriot und Macdonald sind einig.

Das Ergebnis der Chequerkonferenz.

Ententeberater Mitte Juli.

Ein „moralischer Pakt für fortgesetzte Zusammenarbeit“.

London, 22. Juni. Nach Schluss der in Chequer abgehaltenen Besprechungen wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: Die zwischen den Premierministern Frankreichs und Englands am Sonntag und Montag in Chequer abgehaltenen freundschaftlichen, aber nicht formellen Beratungen erzielten sich auf gewisse Fragen, die sich aus dem Versatzricht ergeben und auf Maßnahmen, die zu ihrer Verwirklichung notwendig sind. Bestimmte Beschlüsse konnten angesichts der schwierigen Unterhandlungen mit der italienischen und der belgischen Regierung nicht gefaßt werden. Die Unterredungen zielten eine allgemeine Vereinbarung in Form eines zwischen den Aufstufungen Frankreichs und Englands und auf Seiten der beiden Premierminister die gemeinsame Entschlossenheit, den Schwierigkeiten in fortgesetztem Zusammenwirken entgegenzutreten, welche über beiden Länder nicht nur, sondern die ganze Welt bedrohen.

Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß im Einvernehmen mit den anderen Alliierten eine Konferenz in London nicht später als Mitte Juli abgehalten werden soll, um eine endgültige Verständigung über das einschlägige Verhältnis herbeizuführen. Endlich besteht zwischen den beiden Premierministern Uebereinstimmung darüber, daß sie sich heute zur Eröffnung der Völkerverbände in London am 23. Juni in einem persönlichen Gespräch treffen werden.

Herriot und Macdonald werden den Zusatz zu veröffentlichen: „Anders als die Sozialisten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die gesamte Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zweck fortgesetzter Zusammenarbeit abzuschließen.“

Hoffnungen und Befürchtungen.

Kommentare der Londoner und Pariser Presse. „Daily Herald“ bezeichnet die Zusammenkunft als unentschiedenes Ergebnis. Der größere Teil der Erörterungen sei einer eingehenden Prüfung des Darangesbietes abwidmet gewesen. Sowohl Herriot als auch Macdonald hätten stets deutlich zwischen der deutschen Demokratie und den deutschen Reaktionen unterschieden. Mit den ersten werden wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zweck fortgesetzter Zusammenarbeit abzuschließen.

Deutschland soll länger als die Zeit der letzten Regierungstätigkeit. Das Regierungskabinett und Regierungsbüro ist förmlich zu einem Gesellschaftspol geworden, bei dem aber immer das Volk den Einfluß bezahlen muß.

Aber wie helfen? Da der Parlamentarismus zurecht aus den verhängenen Gründen schlechterdings unentbehrlich ist, da er anderserseits in der heutigen Form die auf ihn gelegten Hoffnungen nicht erfüllt, muß er so wie er ist, und umgebildet werden. Anlässe dazu sind durch die von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Änderungsanträge zur Verfassung und zum Reichsmahlgesetz (s. B. Heraussetzung des Wahlalters auf 25 Jahre) bereits gemacht. Aber die fehlende Autorität wird dadurch noch lange nicht geschaffen. Dazu bedarf es einer Zusammenfassung derjenigen Männer, die parteipolitisch nicht einseitig eingestellt, in ihrer Person eine solche Fülle von Autorität verkörpern, daß das, was sie tun und gutheißen, auch von der breiten Masse der denkenden Bevölkerung gebilligt wird.

Solche unerbrauchten Persönlichkeiten, denen nicht erst Autorität vom Volke verliehen zu werden braucht, gibt es noch eine ganze Anzahl. Es ließen sich sicherlich immerwährend solcher Persönlichkeiten namhaft machen, denen das deutsche Volk, wie einst

Isoliert aus der Absicht der Selbstnahme beider Premierminister an der Völkerverbändeversammlung im September, daß es wahrlich einleuchtend sei, daß Deutschland nicht zahlen werden werde, seinen Platz sowohl in der Verammlung als auch in dem Rat einzunehmen und daß die Frage der Sicherheit und der Kontrolle dann von Völkerverbände rat ausgenommen werde.

Die Pariser Morgenblätter bringen Stimmungsbilder zu der Zusammenkunft. Beide Premierminister hätten sich bereits verabredet, daß die im Bericht enthaltenen wirtschaftlichen Fragen in erster Linie einer Lösung entgegengebracht werden sollten. Das wurde der Inhalt der auf den 16. Juni in Aussicht genommenen interalliierten Konferenz sein.

Diese Konferenz wird sich weder mit der militärischen Seite des Abwehrprogramms noch mit der Verteilung der deutschen Reparationsabläufe befassen, sondern lediglich auf die Festlegung der nächsten Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Räumung des französischen-belaagten Ruhrgebietes abzielen.

Eine besonders ausführliche Darstellung gab Sauerwein im „Matin“. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs in Berlin hätten erklärt, daß die Annahme der zur Ausführung des Sachverständigenprogramms notwendigen deutschen Gesellschaften an einem Widerstand der Nationalisten im Reichstag nicht scheitern werden. Die wirtschaftliche Aussetzung des Ruhrgebietes werde unmittelbar nach Einsetzung der bezeichneten Regierung einseitig. Um aber auf die militärische Seite zu kommen, fordere er gewisse Garantien.

Diese Garantien beständen in der Maßnahme, für den Fall deutscher Verletzungen gegen die Reparationen oder auch im Falle einer feindseligen Haltung des Reiches Truppen an den Rhein heranzuschicken zu können.

Diese Maßnahme fordere die absolute Kontrolle über gewisse strategische Eisenbahnlinien. Das Sicherheitsproblem würde auf einer weiteren Konferenz, die höchstwahrscheinlich in Paris stattfinden, zur Sprache kommen.

Deutschland und die Londoner Konferenz.

Dem „Intranseant“ wird aus London gemeldet, Kamian Macdonald hat Herriot als Teilnehmer einer Konferenz den 15. Juli vorgeschlagen. In dieser würde zunächst die Verbündeten und hierauf die Deutschen sowie schließlich die Neutralen teilnehmen. Das Sicherheitsproblem und die Frage der interalliierten Schulden würden auf dieser Konferenz nicht zur Sprache gebracht werden.

seiner Herzogen im alten Germanien, willig und mit Vertrauen aus den Besten und Erprobtesten folgt. An dem Votum eines solchen „Rates der Alten“ könnte keine politische Partei achtlos vorübergehen. Wenn die Autorität eines solchen „Senates“ hinter die Regierung träte, dann hätte sie und zugleich das Parlament das Ansehen, das ihnen zum Schaden des Volkes heute in weiten Kreisen abhanden gekommen ist. Ob ein solcher Senat dabei äußerlich in einer versöhnungsmäßig festzulegenden Form in Erscheinung zu treten hätte, wäre lediglich eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Hauptfrage ist, daß diese Männer, die über wirklich große Autorität verfügten, sich zumalmenten und sich über ein bestimmtes Programm einigten. Diese Männer können es tun, ohne dabei auf Agitation oder Parteipolitik irgendwelche, wenn auch unbewußte, Rücksicht nehmen zu müssen. Sie verfügen andererseits aber auch unbedingt über die Autorität bei den gewählten Vertretern des Volkes, daß eine von ihnen einmütig erklärte Willensäußerung entsprechende Beachtung fände. Hätten wir ein solches Zusammenwirken bereits bei den letzten Wahlen und in den kritischen Wochen der Regierungsbildung gehabt, dann wären die Dinge zweifellos anders gelaufen.

Nicht Parteipolitik kann uns retten, sondern nur Staatspolitik. Darum darf der Rat der Erfahrensten und Besten unseres Volkes nicht länger entbehrt werden.

Poincare redet immer noch...

Poincare hat Sonntag auf einem Militärrückzug in der Höhe von Verdun eine Rede gehalten, in der er sagte, die Sachverständigen hätten verurteilt, daß Deutschland nicht zahlen wollte, zum Zahlen aber imstande sei. Mit diesem Ausdruck hätten die Sachverständigen die von Poincare eingeschlagene Politik gerechtfertigt (!). Wenn daher Deutschland die Schlußfolgerungen des Sachverständigenberichts bereits morgen annehmen werde, so müsse man dieses Resultat der Ruhrbesetzung ausprechen. Poincare fügte hinzu: Wir (?) haben erklärt, daß wir uns aus dem Ruhrgebiet erst nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zurückziehen werden. Wenn eine verfrühte Räumung vorgenommen würde, so bedeutet das in unseren Augen eine schwere Unklugheit. Deutschland würde darin nur eine Handlung der Schwäche erblicken und es wird sich alsbald mehr denn je den Vorschriften des Vertrages widersetzen.

Herriot in Brüssel.

Nach dem Brüsseler Korrespondenten des „Echo de Paris“ wird Ministerpräsident Herriot heute abend in Brüssel ankommen und dort König empfangen werden. Die französisch-belgischen Besprechungen würden den ganzen Dienstag in Anspruch nehmen.

„Manchester Guardian“ meldet aus Brüssel, daß man dort den baldigen Sturz des zweiten Kabinetts Deunins erwartet.

Die schwierigsten Fragen ungeklärt!

Paris, 23. Juni. Die zwischen Herriot und Macdonald vereinbarte Verständigung über die Räumung des Ruhrgebietes ist ein und derselben Auffassung in allen Punkten, mit Ausnahme des Verfahrens, das zur Lösung des Ruhrgebietes eingeschlagen werden soll. Herriot besteht auf der Aufrechterhaltung eines militärischen Kontrollen der Alliierten über die drei Haupt-Eisenbahnlinien der Ruhr und des Rheingebietes, Kamian Macdonald vertritt dagegen den Standpunkt, daß die Kontrolle des veränderten Oberleitungsnetzes in Coblenz für die Räumung ausreichende Garantien bieten würde.

Der „Matin“ behauptet, daß die Vorkonferenz von der deutschen Regierung verlangt werde, der Aufnahme des deutschen Anwerterbestandes an Waffen durch die interalliierte Kontrollkommission sich nicht länger zu widersetzen.

Paris, 23. Juni. (Radiotelegramm.) New York Herald meldet, daß die Vereinigten Staaten zu der interalliierten Konferenz am 16. Juli in London offiziell eingeladen werden sollen. Die französische und die britische Regierung würden errettet sein, wenn General Dames persönlich der Konferenz beizuhören würde.

Französische Hingespinnste.

Eine Haas-Meldung aus Düsseldorf besagt, daß die Befehlshaber in den letzten Tagen eine neue groß angelegte Polizeireaktion vorgenommen haben. Insgesamt seien im Gebiet der französischen Zone 250 Hausdurchsuchungen bei den hervorragenden Mitgliedern der nationalsozialistischen Geheimbinden erfolgt. Es seien wichtige Dokumenteutage gefördert, die Aufschlüsse über die Tätigkeit der Geheimbinden enthielten und zu 40 Verhaftungen führten. Die beschlagnahmten Dokumente sollen einwandfrei die geheimen Vorbereitungen Deutschlands zum Krieg ergeben (?). Außer den beschlagnahmten Dokumenten sei eine große Menge Waren und Kriegsmaterial (?) beschlagnahmt worden.

Über die deutsche Antwort auf die Militärkontrollen findet heute eine zweite Reportagebesprechung statt. Dessen Ergebnis wird einem in den nächsten Tagen abzuhaltenen Kabinettsrat vorgelegt, der sich dann über die Antwort schlüssig zu machen hat.

o. Hoersch in Berlin.

Der deutsche Botschafter in Paris v. Hoersch ist gestern abend in Berlin eingetroffen und hat nach im Verlaufe des Abends eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann gehabt, dem er eingehend von seinen Verhandlungen in Paris und seinen Einbränden berichtete. o. Hoersch bleibt nur kurze Zeit in Berlin und wird in den ersten Tagen dieser Woche wieder nach Paris abreisen.

